

Stand: 23.02.2026 05:08:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25672

"Kein Steuergeld für chinesische Staatspropaganda!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25672 vom 08.12.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/26898 des BU vom 08.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 136 vom 15.02.2023
4. Beschluss des Plenums 18/27854 vom 07.03.2023
5. Plenarprotokoll Nr. 138 vom 07.03.2023



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Kein Steuergeld für chinesische Staatspropaganda!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die finanzielle Unterstützung der Konfuzius-Institute durch den Freistaat sowie die Unterstützung durch die Ressourcen bayerischer Hochschulen einzustellen, wenn keine umfassenden Reformen stattfinden, die eine politische Einflussnahme der chinesischen Regierung verhindern.

Diese sollen insbesondere die lückenlose Offenlegung der Finanzierungsstruktur der Institute sowie der Verträge zwischen den Instituten und den Hochschulen umfassen. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Weitergabe sensibler Informationen ausgeschlossen ist und auch in der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse des Instituts die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre gewährleistet wird.

Generell wird die Staatsregierung aufgefordert dafür zu sorgen, dass fortlaufende Nachweise für freie Forschung und Lehre eine Grundvoraussetzung für von Drittstaaten finanzierte Institute an bayerischen Hochschulen sind.

Die Staatsregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass über die Sprachinstitute keine Regimeagenda im Sinne der chinesischen Soft-Power-Politik verfolgt werden kann und auch im Einflussbereich der Institute eine differenzierte, der chinesischen Diktatur und sozialistischen Kultur gegenüber systemkritische Auseinandersetzung stattfindet.

Begründung:

Wir stehen für Weltoffenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber allen Ländern und deren Kulturen. Kultureller Austausch und insbesondere das Erlernen von Fremdsprachen sind in einer globalisierten Welt unabdingbar für ein wohlwollendes Miteinander. Daher halten wir Sprachschulen für Fremdsprachen grundsätzlich für absolut förderungswert. Jedoch sollte die kulturelle Zusammenarbeit auf Basis unserer freiheitlich-demokratischer Grundwerte erfolgen.

Diese Grundsätze sehen wir bei den Konfuzius-Instituten als äußerst gefährdet. Die Konfuzius-Institute haben nach Einschätzung der Bundesregierung auch nach Reformen im Jahr 2020 eine Nähe zur Kommunistischen Partei Chinas (KPCh, vgl. 1). Die inhaltliche Ausgestaltung der chinesischen auswärtigen Sprachpolitik unterliegt beispielsweise dem neu eingerichteten „Zentrum für Sprachbildung und -kooperation“, welches dem chinesischen Erziehungsministerium direkt unterstellt ist, das wiederum an die Direktiven der KPCh gebunden ist. Weitgehend ist bekannt, dass die KPCh diese Sprachschulen für ihre sog. Soft-Power-Politik einsetzt. Darunter ist eine Vermittlung positiver Vorstellungen über das System Chinas zu verstehen; kritisch zu beurteilende Seiten des Systems wie etwa Menschenrechtsverletzungen werden gleichzeitig verschwiegen.

¹ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924163.pdf>

China missbraucht damit die Sprachschulen, um das eigene, im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehende System salonfähig zu machen.

Der Freistaat unterstützt diese Institute als einziges Bundesland finanziell. Wir fordern, diese Unterstützungen einzustellen, sofern grundlegende Reformen ausbleiben. Mehrere Universitäten haben ihre Kooperation mit dem Konfuzius-Institut beendet, weil die Gefahr einer Einflussnahme auf die Wissenschaft gesehen wurde. Die Stadt Ingolstadt beendete die Förderung für das „Audi Konfuzius-Institut“ vorzeitig.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 18/25672

Kein Steuergeld für chinesische Staatspropaganda!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 24. Januar 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung

SPD: Zustimmung

FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

- Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 8. Februar 2023 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung

SPD: Zustimmung

FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Ich bitte um das Votum der fraktionslosen Abgeordneten. Es enthalten sich die fraktionslosen Abgeordneten Herr Bayerbach, Herr Plenk, Herr Swoboda und auch Herr Busch. – Entschuldigung, Herr Busch, da schaue ich immer nicht rüber. – Haben wir noch jemanden übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das hiermit so beschlossen bzw. übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehrling, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Barrierefreie Wahlen für Menschen mit Sehbehinderung weiter verbessern
Drs. 18/24870, 18/26903 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

□ □ □ □ □ □ □

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Junge Menschen dürfen nicht wieder das Nachsehen haben – Verstetigung des Modellprojekts „Digitale Streetworker“
Drs. 18/25228, 18/26893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

□ □ □ □ □ □ □

3. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Gewaltbetroffene Frauen mit sicheren Wohnangeboten schützen
und Second-Stage-Angebote ausbauen
Drs. 18/25282, 18/26895 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

4. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerischen Urlaub für arbeitstätige Familien
Drs. 18/25319, 18/26896 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
Masterplan Geothermie unverzüglich ausgestalten und umsetzen!
Drs. 18/25404, 18/26899 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> ENTH					

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Kein Steuergeld für chinesische Staatspropaganda!
Drs. 18/25672, 18/26898 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.



**Beschluss
des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/25672, 18/26898

Kein Steuergeld für chinesische Staatspropaganda!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold
III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Anne Franke

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Martin Böhm

Abg. Markus Rinderspacher

Erster Vizepräsident Karl Freller: Dann darf ich **Tagesordnungspunkt 7** aufrufen:

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Kein Steuergeld für chinesische Staatspropaganda! (Drs. 18/25672)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung: CSU 9 Minuten, GRÜNE 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, AfD 4 Minuten, SPD 4 Minuten, FDP 4 Minuten und Staatsregierung 9 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten sprechen. – Der erste Redner ist der Kollege Matthias Fischbach. Bitte schön, Herr Abgeordneter Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade für uns Liberale sind internationale Verständigung und auch der kulturelle Austausch wichtige Ziele. Deswegen sind Fremdsprachenunterricht und kulturelle Zusammenarbeit auch grundsätzlich förderwürdig. Sie sollten aber nicht ein Deckmantel dafür sein, um freiheitliche demokratische Grundwerte zu unterwandern.

Bei den Konfuzius-Instituten an den bayerischen Universitäten kommen mir da Zweifel – und nicht nur mir. Ich zitiere:

Im akademischen Bereich sind die chinesischen Konfuzius-Institute bedeutsame Akteure auf dem Feld der Einflussnahme, die die akademische Freiheit auf unterschiedlichen Wegen zu unterminieren drohen.

– Das sagt das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem Bericht 2020. Diese Warnung sollten wir ernst nehmen, meine Damen und Herren. Die Konfuzius-Institute unterliegen der politischen Einflussnahme der chinesischen Regierung. Diese Nähe wurde bereits von unserer Bundesregierung festgestellt, auch als die CSU daran noch beteiligt war.

Wir müssen deswegen die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre sicherstellen. Bei den Konfuzius-Instituten heißt das ganz konkret: keine Förderung ohne Unabhängigkeit. Es braucht eine lückenlose Offenlegung der Finanzierungsstruktur und der Verträge zwischen den Hochschulen und den Instituten. Es muss gesichert sein, dass auch die Weitergabe von sensiblen Informationen ausgeschlossen ist.

Deswegen müssen wir die Förderung der Konfuzius-Institute an den bayerischen Hochschulen grundlegend auf den Prüfstand stellen.

Es ist weitgehend bekannt, dass die Kommunistische Partei Chinas diese Konfuzius-Institute auch für ihre sogenannte Soft-Power-Politik und für weitere Einflussnahmen einsetzt. Man muss sagen: Positiv verklärte Vorstellungen verbreiten und das Negative ausblenden hat hier System. Kritische Diskussionen über Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel bei der Minderheit der Uiguren werden Sie an diesen Instituten wohl kaum finden. Sprechen Sie aber mal mit den von Chinas Regime Verfolgten, mit den Minderheiten, die nach Deutschland geflohen sind. Wie fühlen sich die, wenn Bayern solche Institute nicht nur toleriert, sondern auch ohne weitere Bedingungen fördert? Das geschieht leider nach wie vor bei den einzelnen Projekten, zum Beispiel durch Mietkostenzuschüsse usw. Diese Praxis wollen wir mit diesem Antrag ganz klar hinterfragen. Dabei muss man auch betonen, dass der Freistaat als einziges Bundesland die Konfuzius-Institute noch finanziell unterstützt, und das übrigens seit 2014 mit mehreren 100.000 Euro.

Wir fordern daher die Staatsregierung auf, diese Unterstützung einzustellen, wenn keine grundlegenden Reformen erfolgen. Bereits mehrere Universitäten bundesweit und auch weltweit, aber auch hier in Bayern die Stadt Ingolstadt haben ihre Kooperation mit dem Konfuzius-Institut bereits beendet.

Wir setzen uns daher für eine differenzierte Auseinandersetzung ein. Diese muss eben auch kritisch gegenüber der sozialistischen Kultur erfolgen können. Wir dürfen dieses Regierungsregime, das schon totalitäre Züge hat, nicht auch hier in Bayern un-

kontrolliert wirken lassen. Es ist gerade vor diesem Hintergrund wichtig, dass über die Sprachinstitute hier keine Regimepropaganda erfolgen kann. Ich bitte daher um Unterstützung für unseren Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fischbach. – Nächster Redner: Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kollegen von der FDP! Ihr Antrag ist hier zur Diskussion im Plenum hochgezogen. Wir haben im Wissenschaftsausschuss und im Europaausschuss schon intensiv diskutiert. Jetzt also auch hier im Plenum.

Meine Damen und Herren, ja, das Verhältnis zu China muss uns beschäftigen. China ist kein einfaches Gegenüber. Zentrale Wertvorstellungen, die unsere freiheitliche demokratische, rechtsstaatliche Ordnung prägen, lehnt das Regime dort ab. Auch das Verständnis der Werte, die unser wirtschaftliches Handeln nach außen prägen, wird dort nicht geteilt. Man kann durchaus sagen, dass sich in den letzten Jahren, Kolleginnen und Kollegen, ein strategisches Hegemoniestreben Chinas verstärkt hat, das wir wahrnehmen müssen. Man kann durchaus mit Recht von einer Systemkonkurrenz reden.

Meine Damen und Herren, die Probleme, die wir im Hinblick auf diese Systemkonkurrenz sehen, sind vielfältig. Sie beginnen mit der sogenannten Seidenstraßenstrategie, der Strategie für wirtschaftliche Vorherrschaft. Sie gehen weiter über die Feststellung, dass es ein Level Playing Field, eine Fairness in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, auch heute noch nicht gibt. Ja, der Know-how-Schutz, Kolleginnen und Kollegen, ist ein großes Thema gegenüber China, sowohl was Europa als auch was Deutschland angeht.

Kolleginnen und Kollegen, in Bayern hat man diese Fragen in der Vergangenheit durchaus sehr früh erkannt. Ich möchte nur an das Engagement Bayerns erinnern, als es um die Frage des Verkaufs von KUKA und Reis Robotics, führenden Unternehmen in der Robotik, ging. Da hat der Freistaat Bayern im Bundesrat einen Antrag gestellt, um das möglichst zu verhindern. Aber die Mehrheit hat jedenfalls diese weitgehenden Vorstellungen nicht geteilt.

Es gibt weitere Fragen zur digitalen Souveränität und Beschwerden über eine chinesische Polizei, die angeblich in Deutschland Stationen betreibt. Das wäre ein schwerer Eingriff, ein schwerer Verstoß gegen die deutsche staatliche Souveränität.

Sie, Kollege Fischbach, thematisieren hier also die Konfuzius-Institute in Nürnberg-Erlangen und in Ingolstadt. Um es gleich zu sagen, im Verhältnis zu der Frage "Wie gehen wir mit der Hegemonialmacht China um?" ist das eher ein Randproblem. Trotzdem kann und muss man das in der Tat diskutieren. Nur, Kolleginnen und Kollegen, werden wir Ihrem Antrag an der Stelle nicht zustimmen, aber nicht deshalb, weil wir das Thema nicht diskutieren und nicht sehen. Tatsächlich ist es so, dass die finanzielle Unterstützung, die die beiden Institute erhalten, heute nur noch in der Förderung von Sprachkursen besteht. Es gibt keine dauerhafte Unterstützung mehr, jedenfalls was Mietkosten angeht und Ähnliches.

Eines ist auch klar: Diese Institute sind privatrechtliche Vereine. Es sind keine Institute an der Universität. Wir haben jedenfalls auch in der Anhörung keine Anhaltspunkte dafür bekommen, dass diese Institute bisher in irgendeiner Weise die Freiheit von Forschung und Lehre an den Universitäten an diesen Standorten tangieren. Trotzdem: Wenn sie Propagandainstrumente des chinesischen Staates sind, dann wird auf die Dauer auch keine Unterstützung von Sprachkursen möglich sein.

Nur das, Herr Kollege Fischbach, was Sie in Ihrem Antrag formulieren, was Sie in den Begründungen unterstellen, ist einfach zum Teil wirklich fehlerhaft. Das ist von der

Sache her nicht der Realität entsprechend. Es sind eben keine Einrichtungen zum Beispiel der Hochschulen. Insoweit werden wir diesen Antrag ablehnen.

Ich sage Ihnen aber auch, dass wir als Fraktion, als politische Kraft natürlich ein Auge darauf haben. Wir achten natürlich auch darauf, dass die bayerische Wirtschaft und wir in Bayern insgesamt achtsam sind, wenn es um die Zusammenarbeit, um das Mit-einander mit einem so schwierigen Gegenüber geht – Sie haben vielleicht die Bilder von dem Volkskongress gesehen –, das wir zunehmend als bedrohliche Hegemonialmacht auf der Welt sehen. Insoweit, Kolleginnen und Kollegen, sind wir sicherlich in der Grundüberlegung gar nicht so weit auseinander. Aber dieser Antrag ist für uns nicht zustimmungsfähig, weil er an einigen Stellen einfach sachlich nicht richtig ist.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Bausback. – Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, weise ich darauf hin, dass von der AfD-Fraktion zum Antrag der AfD-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 8 namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Damit darf ich Frau Anne Franke, Abgeordnete der GRÜNEN, aufrufen. Bitte schön, Frau Abgeordnete Franke.

Anne Franke (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gehört: Bayern ist das einzige Bundesland, das noch Konfuzius-Institute unterstützt. Von den 19 in Deutschland ansässigen Konfuzius-Instituten werden also nur die drei in Nürnberg, Ingolstadt und München öffentlich unterstützt, wobei – Herr Fischbach hat es auch gesagt – die Stadt Ingolstadt die Förderung schon seit über einem Jahr eingestellt hat.

In Nürnberg, Herr Bausback, wird meines Erachtens ein Mietkostenzuschuss gewährt. Sie haben gerade gesagt, Sie würden nur den Chinesischunterricht fördern. Aber das stimmt meines Erachtens nicht. Wenn ein Mietkostenzuschuss gegeben wird, dann ist das mehr als nur der Chinesischunterricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Unterstützung gewähren Sie weiterhin, obwohl nach Einschätzung der Bundesregierung die Konfuzius-Institute auch nach den Reformen 2020 eine Nähe zur Kommunistischen Partei Chinas haben. Die politische Einflussnahme Chinas ist mittlerweile evident. Es gibt sehr, sehr viele Hinweise darauf, dass über die Sprachinstitute Regimeagenda im Sinne der chinesischen Soft-Power-Politik erfolgt und dass auch chinesische Studierende an den Hochschulen überwacht werden.

Die Kleine Anfrage der GRÜNEN an die Bundesregierung hat ja auch schon 2019 gezeigt – die Frage hieß, inwieweit die Konfuzius-Institute Einfluss nehmen würden, die Antwort lautete: Das Programm der Konfuzius-Institute wird von der offiziellen außenpolitischen Kulturorganisation Hanban gesteuert. Daran hat sich nichts geändert. Das Hanban ist direkt der zentralen Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Chinas unterstellt, das heißt, dem Büro für Auslandspropaganda. – So weit das Zitat.

Wir sehen das ja auch. Beispielsweise gibt es in Konfuzius-Instituten besondere Auflagen bei Kulturveranstaltungen zu Tibet und Taiwan, die der Wissenschaftsfreiheit offensichtlich zuwiderlaufen. Es gibt Hinweise auf eine sehr spezielle Auswahl der Mitarbeiter*innen, bei der Vertreter*innen von Minderheiten keine Chance haben. Wir haben auch gehört, Universitäten in Deutschland, zum Beispiel Düsseldorf und Hamburg, haben nach Zerwürfnissen die Partnerschaft mit Konfuzius-Instituten mittlerweile gekündigt.

Wir meinen, dass in einem demokratischen Staat auch in chinesischen Sprachinstituten eine differenzierte, der chinesischen Diktatur und sozialistischen Kultur gegenüber systemkritische Auseinandersetzung stattfinden muss. Die Bayerische Staatsregierung muss also genauer hinschauen und sich gegenüber China eine realistischere Strategie überlegen. Das betrifft übrigens auch die Zusammenarbeit von bayerischen und chinesischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Ein internationales Recherchekollektiv, das über 350.000 Studien ausgewertet hat, hat im Januar baye-

rischen Hochschulen vorgeworfen, bei zivilen Forschungskooperationen mit China zu naiv zu sein. Beispielsweise arbeitet die TUM mit dem chinesischen Harbin Institute of Technology zusammen. Dieses wird zwar offiziell als zivil deklariert, ist aber laut den Recherchen eng mit der chinesischen Rüstungsindustrie verbunden. Laut diesem Rechercheprojekt profitiert das chinesische Militär so direkt von der Forschung bayerischer Hochschulen.

Es sei mir am Rande erlaubt zu sagen, vor diesem Hintergrund sollte Bayern die Ausgaben für BayCHINA, die gerade im zu beschließenden Haushalt noch erhöht werden sollen, nochmals überdenken und BayCHINA stärker auf kritisches Hinterfragen der Zusammenarbeit ausrichten.

Im Übrigen hat auch unsere Anhörung, die wir vor einer Woche hier im Landtag auf unseren Antrag hin zur subnationalen Diplomatie Chinas hatten, nochmals zutage gebracht, dass angesichts der von China offen angestrebten politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung, angesichts der massiven Aufrüstung, der eklatanten Menschenrechtsverletzungen und der Kriegsdrohungen gegen Taiwan Vorsicht bei der Zusammenarbeit mit China geboten ist.

Wir fordern also die Staatsregierung auf, sich eine realistischere Strategie gegenüber China zu überlegen und die Unterstützung der Konfuzius-Institute endlich zu beenden. Dem Antrag stimmen wir natürlich zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Franke. – Als Nächsten darf ich Herrn Ausschussvorsitzenden Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN ans Rednerpult bitten. Bitte schön, Herr Abgeordneter Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzenden des Europaausschusses begleitet mich das Thema Konfuzius-Institute jetzt schon, glaube ich, seit ich hier im Landtag sitze. Wir

stellen Anträge und diskutieren und hatten dazu auch sehr viel Berichte. Ich glaube, im Jahr 2020 waren die Vorstandsmitglieder Beckstein und Gloser extra eingeladen und haben über die Arbeit des Konfuzius-Instituts in Nürnberg und über die Verwendung der Gelder berichtet. Das ist übrigens ein Verein. Wir haben also von Anfang an auf größtmögliche Transparenz gebaut.

Zu dem, was mir in dem Bereich wichtig ist, eines vorneweg: Ich bin der Letzte, der an irgendwelchen Förderungen für irgendwelche Konfuzius-Institute klebt. Von mir aus geben wir das Ganze den Volkshochschulen für ihre Sprachkurse.

Aber ich möchte auch sagen, das, was die FDP da mit ihrem Antrag vermitteln möchte – Staatspropaganda, Pipapo – – Also Leute! Wir reden über round about 50.000 Euro im Haushalt, die in Sprachkurse gehen. Das ist übrigens korrigiert worden: Das sind nicht mehr Mietkostenzuschüsse, das sind Sprachkursförderungen. Mit 50.000 Euro – selbst wenn man in irgendeiner Art und Weise in irgendeinem Institut versuchen würde, dieses Geld zu missbrauchen – finanzieren Sie keine Weltrevolution. Das heißt, wir geben 50.000 Euro für Sprachkurse. An der ganzen Geschichte ist auch nichts verheimlicht. Ich finde, wir sollten das mit Sachlichkeit diskutieren, das können wir auch und das machen wir auch. Aber bitte schön nichts aufbauschen und so tun, als stecke irgendwie die große Weltverschwörung dahinter!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte am Rednerpult bleiben, Herr Kollege. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Der fraktionslose Abgeordnete Herr Bayerbach möchte noch etwas von Ihnen wissen. Bitte schön.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Kollege Gotthardt, wir sind uns einig, dass bei 50.000 Euro die Welt nicht untergeht. Trotzdem sind 50.000 Euro für viele Leute in diesem Land eine Summe, die sie nie haben werden. Ich finde die Symbolik dahinter einfach Wahnsinn.

Wenn mich irgendetwas im Verhältnis zu China stört, dann ist es die Tatsache, dass man China manchmal noch wie ein Entwicklungsland behandelt, dass man noch Förderungen nach China gibt, hier 50.000 Euro, da etwas für den Umweltschutz. China ist die zweitgrößte Wirtschaftsmacht und hat es wirklich nicht nötig, von Deutschland gefördert zu werden. Da kann man mal wirklich Zeichen setzen – anstatt mit irgendwelchen scheinheiligen Binden in einem arabischen Land, in das man gefahren ist und dabei genau gewusst hat, was man bekommt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Bayerbach, Sie bemerken meine Ruhe und Sachlichkeit bei dem Thema. Ich habe Ihnen doch vorhin aufgeschlüsselt, dass wir Sprachkurse finanzieren. Sprachkurse richten sich als Angebot eines Trägers an Menschen in Deutschland, in Bayern – es gibt übrigens keine Förderung für drei Institute, sondern nur für Nürnberg –, damit Deutsche die chinesische Sprache erlernen können. Wer bei der Anhörung dabei war, wird gemerkt haben, dass es auch den Kommunen sehr wichtig ist, dass wir diesen Austausch und diese Kompetenzen haben. Noch mal: Ich könnte mir auch vorstellen, das Geld an die Volkshochschulen zu überweisen und es dort zu machen. Aber die Förderung von chinesischen Sprachkursen für Deutsche ist keine Förderung des chinesischen Regimes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf: Doch!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. – Jetzt gibt es keine weiteren Zwischenbemerkungen mehr. Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Böhm von der AfD. Bitte schön, Herr Abgeordneter Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Forderung der FDP, die finanzielle Unterstützung der Konfuzius-Institute einzustellen, ist richtig und wichtig. Deswegen stimmen wir diesem Antrag hier und heute auch zu. Im Ausschuss bezeichnete Kollege Bausback das als Kratzen am Lack des Problems. Wahr ist: Erst ohne Lack werden Probleme wirklich sichtbar. Das gilt beson-

ders bei all den großen Problemen in unserer Republik. Dort nennt sich solcher Lack dann ganz schlicht Sondervermögen. Damit kleistert die Ampel all die Probleme zu, die zu lösen sie weder willens noch fähig ist.

(Beifall bei der AfD)

Genau damit verklebt diese Berliner Ampel der nächsten Generation den Weg in eine gute Zukunft. Genauso wenig, wie Forschung und Lehre von abstruser Identitätspolitik gegängelt werden dürfen, dürfen unsere Hochschulen als Plattform zum Auskübeln chinesischer Doktrin missbraucht werden. In unseren Universitäten liegt schon genug Schmutz von Sozialisten, Kollektivistern und Kommunisten deutscher Couleur.

(Margit Wild (SPD): Aber bitte jetzt!)

Die Agitation aus Brüssel vernebelt dort Flure und freies Denken ganz gleichermaßen. Da gilt es, jede weitere Ideologie rauszuhalten. Freiheit für Forschung und Lehre, die im besten kantschen Sinne den Mut finden mögen, sich des eigenen Verstandes ohne fremde Hilfe zu bedienen!

Wie wichtig es ist, diese ideologischen Grabenkämpfe aus der realen Wirtschaftspolitik herauszuhalten, wurde bei der Sachverständigenanhörung zum China-Komplex mehr als deutlich. Während die Russland-Sanktionen mittels des Verbots verbrauchergerechter Energieimporte zuerst die Privathaushalte in staatlich gelenkte Armut stürzen und die Inflation befeuern, dem Export aber wenig schaden, hat China eine ganz andere Bedeutung für die bayerische Wirtschaft.

Hat jemand eine Vorstellung, was bei einem aufziehenden Taiwan-Konflikt die Folge eines China-Embargos wäre? – Allein BMW müsste den Absatz von 800.000 Fahrzeugen diversifizieren. Die Stadt Regensburg könnte ohne die Gewerbesteuer aus dem China-Geschäft ihre Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen. Der bayerischen Umwelttechnologie bräche ihr wichtigster Markt weg. Ich bin neugierig, ob Sie auch in einem solchen Fall Ihre individuelle Moral über das eigene Volk stellen.

Was folgern wir? – Ziel muss die Stärkung der Reziprozität der bayerisch-chinesischen Beziehungen sein. Die erreichen wir eben nicht mit dem Verkauf von ganzen Firmen dorthin oder mit der Einladung ideologielastiger Institute hierher. Dazu brauchen wir enge wirtschaftliche Verflechtungen, die für China so hohe Opportunitätskosten implizieren, dass Entscheidungen, die womöglich zu einem Embargo führen, dort reiflich überdacht werden.

(Beifall bei der AfD)

Gut entwickelte Demokratien subsumieren das unter dem Durchsetzen geostrategischer Interessen. Deutschland hingegen verharrt seit über zwanzig Jahren unter dem Diktat grün*innen-getriebener Moraldebatten. Unterlassen Sie das endlich! Sie, liebe CSU, haben das Blei der Merkelkratur noch in den Beinen. Befreien Sie sich davon! Und Sie, liebe FDP, tragen in Berlin eine Ampel, die mit jeder Entscheidung den eigenen Namen verrät. Nur wir als Freiheitspartei, liebe Kolleginnen und Kollegen, fordern konsequent: Unser Land zuerst!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Böhm. – Das letzte Wort zu China hat mein Kollege Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist das Ziel eines Konfuzius-Instituts? – Laut kommunistischem Parteitagsbeschluss in China ist es die Unterstützung des Sozialismus chinesischer Prägung in der neuen Ära von Xi Jinping. Da geht es nicht um Sprachunterricht, sondern darum, die Propaganda der Kommunisten aus China weltweit unter die Leute zu bringen.

Komischerweise ist es ausgerechnet der Freistaat Bayern, der dieses Ziel, den Sozialismus chinesischer Provenienz zu fördern, an vorderster Stelle hat. Kein anderes Bundesland hat jemals auch nur einen Cent an Steuergeldern ausgegeben, der Frei-

staat Bayern seit 2014 mittlerweile über 500.000 Euro. Natürlich kann man das verhindern: Es geht um Sprachunterricht.

Allein die Universität in Erlangen hat 100.000 Bücher von den Kommunisten geschenkt bekommen. Es gibt eine permanente Bespaßung der verschiedenen Medien seitens der dortigen Institutsleiterin. Auch die Bundesregierung hat, als die CSU dort noch Mitglied war, klar festgestellt, dass sowohl chinesische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland als auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu China forschen, in ihrem Handeln beeinflusst werden und dass die Konfuzius-Institute hier eine ganz wesentliche Rolle spielen.

Nehmen wir bitte die Warnhinweise der Hochschulrektorenkonferenz ernst. Die gibt es nämlich. Sie sind heute hier nicht erwähnt worden. Da hieß es klar: Stopp – Vorsicht vor den Konfuzius-Instituten! Nehmen wir bitte die Handlungsempfehlungen der Deutschen Vereinigung für Chinastudien ernst, die lauten: Vorsicht, schwierig, besser die Finger davon lassen!

Der lange Arm Chinas reicht bis zu uns nach Bayern. Wir dürfen die Berichte des Bundesamts für Verfassungsschutz durchaus ernst nehmen, wonach Pekings Stasi auch in Deutschland Kontakte knüpft, um nichtsahnende Personen als Quellen zu instrumentalisieren und öffentliche Debatten manipulativ zu beeinflussen. Ihre Agenten tarnen sich als Vertreter chinesischer Forschungsinstitute, Wirtschaftsverbände und Consultingfirmen, als Headhunter, die mit Parlamentariern und Ministerialbeamten, Akademikern, Stiftungsvertretern und Thinktanks-Experten auf Tuchfühlung gehen und diese auf niederschwelligem Niveau als Kommunikatoren eines Wohlfühlchinas benutzen. Diejenigen, die da mitmachen, sind, wie man das in der internationalen Politik nennt, nützliche Idioten.

(Beifall bei der SPD)

Die Universität Düsseldorf hat ihre Kooperation gestoppt. Auch Hamburg hat die Kooperation gestoppt. In Kanada, den USA, Schweden, Dänemark, Frankreich und den

Niederlanden haben knapp fünfzig Universitäten die Konfuzius-Institute mittlerweile geschlossen.

Ich habe eigentlich kein Einsehen, dass die sogenannte Kulturförderung für China weiter fortgesetzt wird. Das sind 70.000 Euro im Jahr. Kein anderes ausländisches Institut in Bayern erhält eine solche Förderung, nicht das Institut français, nicht das Istituto Italiano di Cultura, nicht das tschechische Kulturinstitut. Wenn man es auch einmal mit Kulturinstitutionen in Bayern vergleicht, die gefördert werden: Die Bachwoche in Ansbach, das Richard-Strauss-Festival in Garmisch-Partenkirchen, die Jazzwoche in Burghausen – sie erhalten nicht so viel Geld vom Freistaat Bayern wie ausgerechnet die Kommunisten in China. Auch das ist ein Grund, wie ich finde, definitiv über die staatliche Förderung des Freistaats Bayern nachzudenken.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle fest, brave Teezeremonien, freundlicher Sprachunterricht und demonstrative Charmeoffensiven, auch gegenüber der medialen Öffentlichkeit, können nicht darüber hinwegtäuschen: China tritt Menschenrechte mit Füßen. Todesstrafe, Folter, Umerziehungslager, Einschränkung der Meinungsfreiheit, Internetzensur, Tibet, Xinjiang, eine digitale Ideologiediktatur, gegen die George Orwells "1984" ein naives Kindermärchen war – all das spricht dafür, die freistaatliche Förderung für die Kommunisten endlich einem Ende zuzuführen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache ist geschlossen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der

AfD, der SPD und der FDP sowie alle drei anwesenden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Stimmen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmennhaltungen bitte ich anzuzeigen. – Ich sehe keine – doch eine. Ist das eine Enthaltung, Herr Abgeordneter Schmid? Du hast dich gemeldet bei Stimmennhaltung oder hast du abgelehnt? – Okay, abgelehnt, dann ist gut. Dann ist der Antrag abgelehnt.